

Thesen zum Währungsproblem

1. Funktionale Definition des Geldes

1.1 Die faktische Funktionsweise

Ein Geldzeichen (Münze, Schein) repräsentiert einen übertragbaren Anspruch auf eine bestimmte Warenmenge (Anteilsberechtigung an der produzierten Gütermenge).

1.2 Legitimationspostulat

Ein Geldzeichen repräsentiert insbesondere einen legitimen Anspruch auf einen bestimmten Anteil am Sozialprodukt, wenn es zugleich die Bestätigung für eine ebenso große Gegenleistung zur Bildung des Sozialproduktes dokumentiert.

1.3 Währungspostulat

Der durch ein Geldzeichen verbürgte Anspruch (also die Kaufkraft des Geldes) soll für längere (wenn möglich unbegrenzte) Zeitspannen so gesichert sein, daß er längerfristige finanzielle Verpflichtungen (Kauf-, Liefer-, Leih- und Dienstverträge) ohne ungerechtfertigte Begünstigung des einen Partners auf Kosten des anderen und ohne Störungen für den Wirtschaftsablauf ermöglicht.

2. Geldumlauf und Warenproduktion

2.1 Waren- und Geldstrom

In einem geschlossenen Wirtschaftssystem wird der gesamte Warenstrom von der Produktion bis zu Konsum (bzw. Investition) über alle Zwischenschritte der Fertigung, der Umsätze, des Vertriebes ("Tausch") und mit Zwischenschaltung aller Dienstleistungen durch den entgegengesetzt gleichen Geldstrom ermöglicht.

Fortsetzung: Waren- und Geldstrom

Die in der Geldeinheit (z.B. DM) gemessene Gleichheit der beiden Ströme ist notwendige Bedingung eines störungsfreien Wirtschaftsa-blaufes, wobei der Geldstrom einerseits als Einkommensstrom in seinem Ursprung auf die Güterproduktion zurückgeht, andererseits aber auch die gesamte Güterproduktion (ohne Absatzstockung) wieder abkaufen, d.h. in den Konsum (bzw. Investition) überführen muß.

2.2 Die bereinigte Quantitätstheorie des Geldes

Der in Geldeinheiten gemessene Warenstrom W (aus der Güterproduktion) wird mit Unterscheidung der verschiedenen Waren-Arten nach der Regel berechnet:

$$W_1 \cdot P_1 + W_2 \cdot P_2 + W_3 \cdot P_3 + \dots = W \cdot P$$

z.B.  $\frac{\text{kg}}{\text{Tag}} \cdot \frac{\text{DM}}{\text{kg}} + \frac{\text{qm}}{\text{Tag}} \cdot \frac{\text{DM}}{\text{qm}} + \frac{\text{Stück}}{\text{Tag}} \cdot \frac{\text{DM}}{\text{Stück}} + \dots = \frac{\text{DM}}{\text{Tag}}$

Dabei entsteht der Preisindex P (durchschnittlicher Warenpreis) aus den Einzelpreisen  $P_1, P_2, P_3, \dots$  durch statistische Mittelbildung. Der Geldstrom wird üblicherweise gemessen in

$$G \cdot U = \text{Geldmenge mal Umlaufgeschwindigkeit} \left( \text{DM} \cdot \frac{1}{\text{Tag}} \right)$$

Nach 2.1. gilt also, die Relation:

$$\begin{array}{lcl} \text{Warenstrom} & = & \text{Geldstrom} \\ \text{Warenproduktion} \cdot \text{Preisindex} & = & \text{Geldmenge} \cdot \text{Umlaufgeschwindigkeit} \\ W \cdot P & & G \cdot U \end{array}$$

2.3 Interpretation der Quantitätsformel

Die mathematische Formel  $W P = G U$  bedeutet nur eine global und approximativ gültige, rein quantitative Relation zwischen den genannten vier Größen, nicht eine Kausalrelation derart, daß eine von ihnen beliebig verändert und hiernach die Änderung der anderen Größen erschlossen werden könnte. Vielmehr handelt es sich um komplexe Interpendenzen (Wirkungen mit Rückwirkungen), deren Analyse noch die Berücksichtigung weiterer wichtiger Gesetzmäßigkeiten erfordert (vgl. 2.4 u.f.).

Fortsetzung: Interpretation der Quantitätsformel

Die rein statische Betrachtung der Formel (also ohne Einführung von Größenänderungen) lehrt jedoch, daß die absolute Größe der Geldmenge  $G$  für die Funktionsfähigkeit im Zusammenspiel von Waren- und Geldstrom bedeutungslos ist. Bei halb so großer Geldmenge  $G$  wären einfach die Warenpreise  $P_i$  und der Preisindex  $P$  halb, also die Kaufkraft  $1:P$  des Geldes doppelt so groß. In der Tat ist der Nominalwert eines Geldscheines (Aufdruck "1 DM") an sich völlig bedeutungslos und erhält seinen Sinngehalt erst im Zusammenhang mit dem Wirtschaftsgeschehen, nämlich durch den Bezug auf das ganze Sozialprodukt, das durch Vermittlung der vorhandenen Geldmenge produziert und dann wieder aufgekauft wird.

2.4 Währung und Wirtschaft

Nicht die Geldmenge und der Preisindex an sich, sondern nur die zeitlichen Vorgänge ihrer Veränderung haben wirtschaftliche Rückwirkungen und zwar auf Grund des Käuferverhaltens (des Konsumenten, des Produzenten und des Investors), das durch die interessenbedingte Reaktion auf eine weiterhin erwartete deflationäre oder inflationäre Preisentwicklung diese jeweils noch entscheidend verstärkt durch die Zurückhaltung bzw. Forcierung des Kaufens, also Verlangsamung bzw. Beschleunigung des Geldumlaufes. Durch zeitweises Horten von Geld und durch Wiederauflösung der gebildeten Geldhorte kann die Umlaufgeschwindigkeit  $U$  kurzfristig um ihren, durch den Warenstrom festgelegten Normalwert schwanken, nämlich zwischen dem unteren Extremwert einer Befriedigung nur der notwendigen augenblicklichen Bedürfnisse und dem oberen Extremwert vollständigen Liquiditätsverzichtes. Trotzdem können sich auch längerfristige Rückwirkungen auf die Wirtschaft ergeben, nämlich auf die Produktion (je nach Absatz-Stockung oder -Belebung) und auf die Geldausgabe der Notenbank (zwecks monetärer Korrekturversuche der ungleichgewichtigen Preisentwicklung).

## 2.5 Währungspolitik

Aus diesen Überlegungen folgt:

Erstens: Soll das Währungspostulat (1.3) in einer freien Marktwirtschaft (also bei freier Bildung der Einzelpreise und freien individuellen Entscheidungen über Konsum, Investition und Produktion) erfüllt werden, so muß die im Umlauf befindliche Geldmenge  $G$  der jeweiligen Warenproduktion  $W$  so angepaßt sein, daß der Preisindex  $P$  (oder also die Kaufkraft  $1:P$  des Geldes) konstant bleibt oder sich in zweckmäßig stetiger (geplanter oder zumindest voraussehbarer) Weise entwickelt.

Zweitens: Diese (automatische oder manipulierte) Geldmengenregulierung ist aber nur dann wirksam, wenn zugleich die Umlaufgeschwindigkeit  $U$  des Geldes kontrollierbar ist mit dem Effekt, daß die (sich stets selbst verstärkenden) Schwankungen von  $U$  durch eine grundsätzliche Maßnahme oder durch die Möglichkeit jeweiliger Gegensteuerung unterbunden werden. Denn andernfalls werden in deflationären Perioden auch die zusätzlich ausgegebenen Geldmengen-Beträge gehortet, bilden also keine wirksame Nachfrage (Slogan: "Man kann die Pferde zwar zur Tränke führen, aber nicht zum saufen zwingen"), während in inflationären Perioden alle gehorteten Geldmittel zusätzlich mit den neu ausgegebenen auf den Markt drängen, also die Inflation verstärken.

## 3. Geld und Zins

### 3.1 Rendite des Realkapitals

Das Realkapital in Form produzierter Produktionsmittel erbringt eine Rendite auf Grund der Produktivitätserhöhung der mit diesen neuen Produktionsmitteln geleisteten Arbeit. In einer völlig freien (auch monopolfreien) Wirtschaft bei wirtschaftlich neutralem Geld (3.4) wird durch beständige Kapitalvermehrung und gegenseitige Konkurrenz,

diese Rendite gegen 0 % herabgedrückt. Das bedeutet: Die Kapitalrendite ist zunächst der Lohn (also zugleich auch Ansporn) für Kapitalneubildung (Innovation, Rationalisierung) und geht allmählich in ein allgemein erhöhtes Arbeitseinkommen über.

### 3.2. Zins des Geldkapitals

Da ein angesparter Geldbetrag die Bildung von Realkapital ermöglicht, kann er ebenfalls (sekundäre, nämlich abgeleitete) Kapitaleigenschaft annehmen. Der Zins für Geldkapital als Leihkapital bildet sich im freien Spiel von Angebot und Nachfrage auf dem Kapitalmarkt ganz analog wie der Preis einer Ware auf dem Warenmarkt und hat genau wie dieser die Doppelfunktion als Indikator (Knappheitsanzeige für Kapital) und als Regulator (Anregung zu Kapitalneubildung und Steuerung des Kapitalflusses zur wirtschaftlich zweckmäßigsten, also einträglichsten Investition). Die Bildung des Zinsfußes Z im freien Kräftespiel ist allerdings nur im engbegrenzten Raum zwischen zwei Schranken möglich. Das Zinsangebot (Nachfrage nach Kapital zwecks gewinnbringender Investition) setzt als obere Schranke die Rentabilität R des Realkapitals; die Zinsforderung (Angebot von Geldkapital zwecks zinsbringender Anlage) setzt als untere Schranke die Liquiditätspräferenz L (etwa 2,5 bis 3 % nach J.M. Keynes).

### 3.3. Sparen = Horten oder Investieren

Aus der Bedingung  $L < Z < R$  (3.2) folgt, daß sich der Wirtschaft kein Geldkapital zur Verfügung stellt, wenn die Kapitalvermehrung jenes Ausmaß erreicht hat, welches die Realkapital-Rente  $R$  unter die Liquiditätspräferenz  $L$  (ca 3 %) herabdrückt. Der durchschnittliche Einkommensbezieher entscheidet über die anteilmäßige Verwendung seines Einkommens für Konsum oder Sparen mit Bildung von Sparguthaben (Sparkasse oder Bank); die über hohe Einkommen und hohe flüssige Geldbeträge verfügenden Personen, Gesellschaften und Institutionen (Sparkassen, Banken) entscheiden bezüglich der "ersparten" (also den "Konsum", d.h. die "Unkosten" übersteigenden Beträge über die günstigste mögliche Investition oder statt dessen (wenn sich vorerst nicht der erwünschte Zinsgewinn von mind. 3 % erzielen läßt) über zeitweise, spekulativ begründete Liquidität. Diese spekulativ begründeten Änderungen der Liquiditätsreserven (Horten und Enthorten von Geldbeträgen) tragen wesentlich zu den, sich selbst verstärkenden Änderungen der Umlaufgeschwindigkeit, also zu den deflationären bzw. inflationären Tendenzen bei.

### 3.4. Wirtschaftlich neutrales Geld

Die Umlaufkontrolle des Geldes (nach 2.5. Bem. c) beseitigt die störenden Einflüsse des Geldes auf den Wirtschaftsverlauf und ermöglicht die Wahrung des wirtschaftlichen Gleichgewichtes sowohl im Sinn des Währungspostulates (Vermeidung von Deflation und Inflation) wie im Sinn gleichbleibender Konjunktur (Vermeidung von Wirtschaftskrisen) ohne staatlichen Interventionismus. Die Überwindung der unteren Schranke L des Zinsfußes Z ermöglicht einen um 0 % pendelnden Zinsfuß (d. h. knapp unter 0 % für kurzfristige, knapp über 0 % für langfristige Anlagen), der nach wie vor seine Indikator- und Regulator-Funktionen auf dem Kapitalmarkt erfüllt. Sie beseitigt die künstliche Beschränkung der Kapitalvermehrung und damit das leistungslose Einkommen aus Zins und Rente zugunsten des Leistungseinkommens in den Formen von Arbeitslohn, Unternehmergewinn und Prämie für Kapitalneubildung. Das wirtschaftlich neutrale Geld erfüllt also außer dem Währungspostulat 1.3. im Endeffekt auch das Legitimitätspostulat 1.2. Damit ist es eine notwendige (freilich noch nicht hinreichende) Voraussetzung für eine freie, insbesondere monopolfreie Marktwirtschaft, die störungsfrei funktionsfähig und aus eben diesen Gründen sozial gerecht sind.